



Pressemitteilung

15.Dezember 2006

Kommt nach Agenda 2010 und Hartz IV nun die Agenda Waschen und Rasieren?

MdB Alexander Ulrich: Entschuldigung von Kurt Beck erforderlich

Auf dem Wiesbadener Weihnachtsmarkt hatte der SPD Vorsitzende und rheinland-pfälzische Ministerpräsident, Kurt Beck, einem arbeitslosen Mann nahe gelegt, sein Äußeres besser zu pflegen. Würde sich der Mann waschen und rasieren, hätte er binnen drei Wochen einen Job, so Beck.

Dazu erklärt der Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion und Vorsitzende der WASG Rheinland-Pfalz, Alexander Ulrich: „Mit solchen Äußerungen zeigt Kurt Beck sein wahres Gesicht. Für ihn sind die Arbeitslosen selbst schuld an ihrem Schicksal. Mit seiner zynischen Aufforderung zu mehr Körperhygiene unterstreicht Beck seine These von der Unterschicht und begibt sich auf Stammtischniveau. Statt sich um die politischen Rahmenbedingungen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zu bemühen, verhöhnt und beleidigt der SPD-Vorsitzende Millionen von Menschen. Ich fordere Kurt Beck auf, sich öffentlich bei allen Arbeitslosen zu entschuldigen. Eine derartige Entgleisung gegenüber Menschen in Not ist nicht hinnehmbar. Kurt Beck hat mit seiner bedenkenlosen Zustimmung zur Agenda 2010 und zu Hartz IV tatkräftig zum Sozialabbau und zur Verschärfung auf dem Arbeitsmarkt beigetragen. Soll nun etwa die Agenda Waschen und Rasieren kommen? Wenn Kurt Beck bei seiner Meinung bleibt, dass eine Rasur zur Einstellung führt, fordere ich alle Arbeitslosen auf, sich in der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei dafür einen Termin geben zu lassen. Kurt Beck wird dann feststellen, dass es in Deutschland einfacher ist, unrasiert Ministerpräsident und Kanzlerkandidat zu werden, als einen Arbeitsplatz zu finden. Möglicherweise war der arbeitslose ALG II-Empfänger auf dem Wiesbadener Weihnachtsmarkt auch deshalb unrasiert, weil in der Regelleistung von 345 Euro nur Cent-Beträge für die Körperpflege vorgesehen sind. Die menschenunwürdige Tabelle, wie sich Hartz IV-Empfänger ihr klägliches Einkommen einteilen sollen, fand ebenso unwidersprochen Becks Zustimmung. Kurt Beck sollte endlich anerkennen, dass es die von ihm mitgetragenen Gesetze sind, die zu Not und Elend führen.“

Alexander Ulrich, MdB DIE LINKE.